

13.04.2024

Rede auf dem 77. ordentlichen Landesparteitag der Freien Demokraten NRW

Lesedauer: 24 Minuten

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, Duisburg ist ein guter Ort für uns Freie Demokraten. Henning hat eben an das Jahr 2012 erinnert, als wir hier zusammengekommen sind, in einer für uns schwierigen Situation, um uns aufzustellen für eine vorgezogene Landtagswahl. Die politische Ausgangslage - viele von Ihnen und Euch erinnern das noch - die politische Ausgangslage war alles andere als attraktiv für uns. Wir kamen aber hier in Duisburg zusammen und haben ein Signal der Entschlossenheit ins Land gesendet. Und wir haben unter der Überschrift "Lieber neue Wahlen, als neue Schulden" klar gemacht, wofür wir in der Sache auch in einer schwierigen Situation stehen. Und am Ende haben wir ein gutes Wahlergebnis erzielt. Ich erinnere daran nicht aus Anhänglichkeit, dafür sind wir alle noch zu jung. Ich erinnere daran, dass wir als Landespartei in unserer Geschichte oft Phasen des Auf's und des Abs hatten. Aber in diesen Phasen haben wir Stärke gewonnen, wenn wir wussten, wofür wir stehen und für diese Ziele gemeinsam gearbeitet haben. Und deshalb bin ich überzeugt, liebe Freundinnen und Freunde, dass auch im Jahr 2024 von diesem Landesparteitag in Duisburg ein Signal ausgeht. In den vergangenen 15 Monaten hat das Team von Henning Höne hart für uns gemeinsam und mit uns gearbeitet. Wir haben uns in den letzten 15 Monaten nach der letzten Landtagswahl als Freie Demokraten, wir haben uns hier neu aufgestellt. Wir haben geklärt, worum es uns in der Sache geht. Und deshalb, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, das Signal von Duisburg 2024 ist: Die Freien Demokraten, sie kämpfen in Nordrhein Westfalen nicht für sich selbst, sie kämpfen für die Zukunft dieses Landes und sie sind der einst auch bereit, wieder Verantwortung zu übernehmen.

Und, lieber Henning, das ist deine Führungsleistung gewesen und das ist das Engagement, das von dir geführten Teams, die uns in diese Situation wieder gebracht haben. Duisburg, liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, ist ein Industriestandort in Nordrhein Westfalen. Ein traditioneller und in den vergangenen Jahrzehnten auch starker Industriestandort. Dieser Tage indessen haben wir gehört, dass ThyssenKrupp Steel in erheblicher Weise seine wirtschaftliche Aktivität an diesem Standort einschränken will. Deshalb sind viele tausend Familien gegenwärtig in großer Unsicherheit, was die eigene Arbeitsplatz, die eigene berufliche Perspektive betrifft. Es ist eine schwierige Situation für viele

Menschen, nicht zu wissen, wie sie sich selbst in den nächsten Monaten und Jahren beruflich aufstellen können. Das ist zugleich Ausdruck eines Strukturwandels, der über Duisburg, über Nordrhein Westfalen hinaus unser Land insgesamt betrifft. Ich erinnere noch gut, dass der grüne Bundeswirtschaftsminister und die grüne Landeswirtschaftsministerin zu ThyssenKrupp Milliarden an Subventionen gebracht haben. Und wie beschrieben worden ist, welchen Beitrag diese öffentlichen Mittel leisten sollen zur Zukunftsfähigkeit der Stahlindustrie in Deutschland. Die aktuelle Entscheidung des Managements mit den vielen Konsequenzen für die Familien, aber auch für die gesamte Wertschöpfungskette hier in Nordrhein Westfalen im Ruhrgebiet, zeigt eins, liebe Freundinnen und Freunde: Der Mangel an globaler Wettbewerbsfähigkeit kann eben nicht mit Subventionen auf Dauer ausgeglichen werden, selbst wenn man sie mit besten Motiven verteilt.

Und damit wir uns, liebe Freundinnen und Freunde, nicht missverstehen, damit die Bürgerinnen und Bürger uns nicht missverstehen: Als Partei der Marktwirtschaft, als Freie Demokraten, können wir keine Jobgarantie in einem speziellen Unternehmen, in einer speziellen Branche für eine spezielle Technologie aussprechen. Strukturwandel ist unvermeidlich. Es gab ihn immer. Das Versprechen aber, das liberale Wirtschaftspolitik geben kann und muss, das Versprechen, das jede verantwortungsvolle Regierung den Menschen geben muss, lautet: Wenn auch über einen Strukturwandel an der einen Stelle Beschäftigung verloren geht, wir schaffen so gute Rahmenbedingungen, dass immer an einer anderen Stelle ein sicherer, gut bezahlter Arbeitsplatz neu entsteht. Das ist das Versprechen der sozialen Marktwirtschaft. Es geht nicht um Konservierung, sondern um die fairen Rahmenbedingungen, damit Neues entstehen kann.

Liebe Freundinnen und Freunde, Deutschland hat hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Entwicklung eine Wachstumsschwäche. Das ist offensichtlich. 2014 standen wir im globalen Standortwettbewerb, es gibt Indizes, die die Wettbewerbsfähigkeit messen, 2014, vor zehn Jahren standen wir auf Platz sechs. Und in jedem Jahr danach ging es abwärts. Nichts zu tun hat das mit der Ampelkoalition oder mit den wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine, die tragen noch dazu bei. Aber seit zehn Jahren, seit 2014, sind wir von Platz sechs auf Platz 22 in der globalen Wettbewerbsfähigkeit zurückgefallen. Wir hatten mal ein Potenzialwachstum von deutlich über 1-1,5 %, das ist gar nicht lange her, das war nicht in den 50er, 60er Jahren, das war im vergangenen Jahrzehnt. Das heißt bei Normalauslastung der Kapazität in unserem Land wären wir um 1,5 % gewachsen. Dieses Potenzialwachstum beträgt jetzt nur noch 0,5 %. Dies hat Auswirkungen. Es hat die Auswirkung, dass beispielsweise Beschäftigung in der Industrie abgebaut wird. Es hat aber auch die Auswirkungen, dass deutsche Traditionsunternehmen sich die Frage danach stellen, ob sie ihre neuen

Investitionen im Inland vorsehen oder ob sie sie ins Ausland einplanen. Wer fragt, warum die Freien Demokraten für eine Wirtschaftswende eintreten, der muss sich die Statistiken ansehen und ihre Konsequenzen im Alltag der Wirtschaft. Der muss die Nachrichten lesen. Wenn ein Traditionsfamilienunternehmen, wie Stihl in Baden-Württemberg, entscheidet, dass die Sägen zukünftig nicht nur in Baden-Württemberg produziert werden, sondern in der Schweiz, weil die Schweiz günstiger und wettbewerbsfähiger ist als Deutschland, wer diese Nachrichten liest, der weiß, warum Deutschland eine Wirtschaftswende braucht.

Diese Entwicklung muss umgekehrt werden. Diese Entwicklung muss umgekehrt werden. Wenn es zehn Jahre von Platz 6 zu Platz 22 gebraucht hat, dann muss unser Ziel jetzt sein, kurzfristig und schnell von Platz 22 wieder an die Spitze zu kommen. Wir können in unserem Land nicht nur über spitzenmäßige soziale Absicherung sprechen und sie ausbauen wollen. Stichwort Kindergrundsicherung. Wir können in unserem Land nicht immer nur über spitzenmäßige moralische Ansprüche sprechen, die dann dazu führen, dass wir höchste ökologische Standards haben. Wir können nicht luxurieren und glauben, dass wir mit der Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich unseren Lebensstandard halten. Liebe Freundinnen und Freunde! Wenn dieses Land bei Lebensstandard, sozialer Absicherung und bei seinen ökologischen Vorhaben in der Welt nicht Platz 22 sein will, sondern unter der Top 10 oder ganz vorne sein will, dann ist die Voraussetzung dafür, dass wir auch unsere wirtschaftliche Stärke wieder an die Spitze führen.

Manche, liebe Freundinnen und Freunde, manche betrachten unsere Orientierung auf wirtschaftliche Prosperität als irgendwie aus der Zeit gefallen, als unmodisch, als überholt. Davor kann man nur warnen. Wir sind ein Land im demografischen Wandel. Wir werden älter. Gott sei Dank. Ein Menschheitstraum, Menschen leben länger gesund. Aber er hat Auswirkungen natürlich auf unseren Arbeitsmarkt und unsere Sozialsysteme. Im Übrigen kommen auch Millionen Menschen als Einwanderinnen und Einwanderer oder als Geflüchtete zu uns. Die Bevölkerungszahl in Deutschland ist gestiegen. In jedem Jahr kommen auch Menschen neu auf den Arbeitsmarkt, treten als Auszubildende oder als Berufsanfänger ein. Wir müssen uns die Frage stellen, wie können diese Menschen unter veränderten Bedingungen eigentlich ihre eigene Lebenssituation verbessern? Ich frage all diejenigen, die glauben, Wachstum sei etwas, was aus der Zeit gefallen sei, sei ein Konzept der Vergangenheit, die Frage ich, wie eine Geflüchtete aus der Ukraine, die hier bleiben will, oder ein junger Mensch, der neu, ohne etwas zu erben, ins Berufsleben eintritt, wie diese Menschen eigentlich ihre individuelle Lebenssituation verbessern sollen in einem Land, das stagniert. In einem Land, das stagniert, in dem kein neuer Wohlstand dazu kommt, da kann die geflüchtete Frau oder der Berufseinsteiger doch seine wirtschaftliche Situation nur dadurch

verbessern, dass irgendjemand anderem etwas weggenommen wird, weil ja nichts Neues hinzukommt. Deshalb, liebe Freundinnen und Freunde, sage ich allen, auch denjenigen, die sich als Gerechtigkeitsrhetoriker links der politischen Mitte bewegen: Wer die tatsächlichen Lebenschancen von Menschen verbessern will, wer individuellen wirtschaftlichen Fortschritt für Geflüchtete, für Berufseinsteiger, für die breite Mitte der Gesellschaft verbessern und erleichtern will, der kommt nicht daran vorbei, dass wir wirtschaftliches Wachstum brauchen. Wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit.

Wir haben, liebe Freundinnen und Freunde, eine neue geopolitische Situation. Ich spreche nicht nur von dem Dominanzanspruch der Volksrepublik China, ich spreche nicht vom Protektionismus der Vereinigten Staaten von Amerika, egal, wer im Weißen Haus regiert. Auch in Europa müssen wir uns neuen geopolitischen Realitäten stellen. Putin hat die Ukraine überfallen. Das ist allerdings nicht nur ein Krieg zwischen Russland und der Ukraine. Da geht es nicht um das Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine. Die Ukraine verteidigt nicht ihr eigenes Recht auf Selbstbestimmung. Das ist ein geopolitischer Konflikt. Wenn die Ukraine fällt, dann werden sich die baltischen Staaten, unsere osteuropäischen Freunde, unsere Freunde in Nordeuropa sorgen, ob sie dann die nächsten sind? Das Bestreben Putins ist nicht, die Ukraine zu Fall zu bringen und zu einem Satellitenstaat zu machen. Das Bestreben Putins ist, uns als Europäer zu spalten und die Vereinigten Staaten von Amerika aus Europa herauszudrängen und die NATO zu sprengen. Es geht bei dem Krieg in der Ukraine nicht nur um die Ukraine selbst. Es geht um die Friedens- und Freiheits-Ordnung in Europa insgesamt und in dieser Situation die Ukraine zu unterstützen, unsere eigene Fähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung zu verbessern, ist eine der großen geopolitischen Herausforderungen. Wir werden sie aber nur bestehen können, wenn wir selbst wirtschaftliche Stärke haben. Wie sollen wir das 2 % Ziel für die NATO in den nächsten Jahrzehnten erreichen? Auf Schuldenbasis? Das wird unser wirtschaftliches Fundament unterspülen. Es geht nur durch wirtschaftliche Stärke. Wie sollen wir andere wie die Ukraine unterstützen, wenn wir selbst wirtschaftlich schwach sind? Liebe Freundinnen und Freunde, so wie in den Jahrzehnten des Kalten Krieges müssen wir uns neu erinnern. Unsere Wirtschaftsstärke ist auch ein Faktor der Geopolitik und damit Voraussetzung für Frieden und Freiheit.

Und deshalb treten wir ein für diese Wirtschaftswenden. Ja, jetzt sagen manche, wird das denn möglich sein in dieser Ampelkoalition? Wie sind denn die politischen Prioritäten der Koalitionspartner, wie es dann die Bereitschaft, Vorschläge etwa der Freien Demokraten aufzunehmen? Das werden wir in den nächsten Wochen, in der Zeit bis zur parlamentarischen Sommerpause miteinander besprechen. Aber eines ist klar: Auch unsere Koalitionspartner von SPD und Grünen, sie wissen, dass all die

sozialen und ökologischen Ideen, die vertreten werden, ein wirtschaftliches Fundament brauchen. Und ich gehe noch weiter. Wir haben gegenwärtig eine Wachstumsschwäche, die sich nicht nur ergeben hat aufgrund der Veränderungen unserer internationalen Rahmenbedingungen, sondern die auch durch die Vernachlässigung unserer Standortfaktoren sich bedauerlicherweise ereignet hat. Weil über lange Zeit gefesselt und verteilt und bürokratisiert und verwaltet worden ist, aber eben nicht investiert und nicht beflügelt. Wenn seit 2014 Deutschland so stark an Wettbewerbsfähigkeit verloren hat, dann datiert das auf die Verantwortung von CDU und CSU in der Vorgängerregierung. CDU und CSU haben seit 2014 aber nicht alleine regiert. Dort war auch die Sozialdemokratie dabei. Die Sozialdemokratie trägt eine Mitverantwortung für die Wachstumsschwäche, wie wir sie heute haben. Deshalb erinnere ich die Sozialdemokratie an ihre Mitverantwortung für eine Wirtschaftswende zu sorgen.

Bei dem, was jetzt zu tun ist, gibt es zwei Denkschulen. Zwei Denkschulen in der Wirtschaftswissenschaft. Zwei Denkschulen in der öffentlichen Debatte. Zwei Denkschulen im Bundeskabinett. Die erste Denkschule setzt darauf, dass wir in unserem Land die sozial-ökologische Transformation vorantreiben sollten, überwiegend mit öffentlichen Mitteln- mit Subventionen. Da wird dann oft Bezug genommen auf den sogenannten Inflation Reduction Act der Biden-Administrationen in den USA. Jenes Programm also, das unter Inkaufnahme höchster Staatsdefizite und hoher Schulden in den USA, eine ganze Palette von unterschiedlichen Subventionen gewährt, auch Steuergutschriften, Tax Credits. Die jüngsten Vorschläge der Landeswirtschaftsministerin Mona Neubauer gehen ja ebenfalls in eine solche Richtung. Sie hat ja ausrichten lassen, sie wünsche sich ein neues kreditfinanziertes Sonderprogramm des Bundes, aus dem dann Tax Credits und Steuergutschriften dann bezahlt werden. Dazu kann man gleich ordnungspolitisch und ökonomisch noch etwas sagen. Mich hat der Vorschlag dennoch ehrlich gesagt sehr überrascht. Denn während Frau Neubauer gerade neue Tax Credits fordert, hat Marcus Optendrenk, als Landesfinanzminister die Tax Credits, die wir erstmals in Deutschland einführen wollten, im Wachstumschancengesetz, mitverhindert, weil angeblich nicht zu administrieren. Es wäre sinnvoll, dass diese Landesregierung in Nordrhein Westfalen wenigstens zwischen Wirtschaftsministerin und Finanzminister eine einheitliche Linie verträte, das würde es leichter machen, auch in Verhandlungen zu gemeinsamen Positionen zu kommen. Aber in der Sache, liebe Freundinnen und Freunde, halte ich dieses Konzept für gefährlich. Schauen wir doch mal auf die USA. Wir haben in unserem Land jetzt die Marke von 3 % der Inflation endlich unterschritten. Wir bewegen uns deutlich wieder in Richtung der Preisstabilität, während in den Vereinigten Staaten es jetzt einen neuen Schwung der Inflation gab bei 3,5 %. Und liebe Freundinnen und Freunde, das hat natürlich etwas zu tun einerseits mit der Notenbankpolitik,

aber auch mit der staatlichen Fiskalpolitik. In Deutschland verteidige ich solide öffentliche Finanzen und die Schuldenbremse unseres Grundgesetzes nicht aus Ehrpusseligkeit oder Ideologie. Nicht aus Ehrpusseligkeit oder Ideologie, sondern weil gerade das Beispiel Deutschland USA der Vergleich eines zeigt: Die USA haben mit Subventionen auf Pump Wachstum erreicht. Auf der anderen Seite zahlen sie gewaltige Zinsen an die Kapitalmärkte für diese Schulden. Und vor allen Dingen haben sie die Geldentwertung verstärkt und die Inflation wieder hochgetrieben. In unserem Land bemühen wir uns, die Zinszahlungen aus dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler langfristig wieder zu reduzieren und wir wollen die Inflation bekämpfen, indem wir nicht mit geliehenem Geld immer neue Subventionen zahlen, die am Ende nur die Preise treiben. Die Schuldenbremse ist keine Ideologie. Sie ist eine Inflationsbremse, wie wir gerade im Vergleich dieser Tage sehen.

Liebe Freundinnen und Freunde, auch ordnungspolitisch bin ich von dem Konzept Neubauer anderer nicht überzeugt. Zusätzliche Schulden machen, für die wir dann das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler einsetzen müssen, um deren Zins zu zahlen, ist ja nur das eine Gegenargument. Das andere Gegenargument ist doch, dass dann plötzlich Politikerinnen und Beamte entscheiden, wer eine Subvention bekommt. Da wird dann entschieden, welche Branche bekommt eine Subvention? Welche Technologie bekommt eine Subvention? Welcher einzelne Betrieb bekommt eine Subvention? Das ist eine Wirtschaftsförderung, die natürlich politisch gelenkt ist. Da bekommt das Wort Transformation auch einen ganz anderen Klang. Da klingt dann Transformation plötzlich sehr top down, weil nämlich dann von im wahrsten Sinne des Wortes am "grünen Tisch" entschieden wird, wie die zukünftige Wirtschaftsstruktur eines Landes aussehen soll. Das ist der Unterschied zu unseren liberalen Vorstellungen. Wir wollen gute Rahmenbedingungen für alle. Weil wir nicht wissen können, wie die Wirtschaftsstruktur in Nordrhein-Westfalen oder Deutschland im Jahr 2050 aussieht. Wir können es deshalb nicht wissen, weil wir nicht kennen können, welcher technologische Fortschritt sich ereignet. Beispielsweise gelänge in den dreißiger und 40er Jahren ein Durchbruch in der Kernfusion, es hätte fundamentale Auswirkungen auf unsere Wirtschaftsstruktur. Können wir alle Auswirkungen der künstlichen Intelligenz auf unsere Arbeitsplätze im Dienstleistungs- und Produktionsbereich kennen? Nein. Wir wissen es nicht, weil dieses Wissen überhaupt noch gar nicht vorhanden ist. Es wird gerade erst und in der Zukunft geschaffen. Und deshalb, liebe Freundinnen und Freunde, wollen wir einen offenen Entwicklungspfad gehen. Es sollen nicht Politikerinnen und Beamte sein, die mit Subventionen über die Zukunft der Wirtschaft entscheiden. Es sollen die Menschen mit ihren individuellen Entscheidungen sein, die die zukünftige Wirtschaftsstruktur herausbringen. Denn nur eine solche Wirtschaft ist auch auf Dauer nachhaltig

wettbewerbsfähig.

Und das ist der Unterschied. Und aus diesem Grund wollen wir die Rahmenbedingungen insgesamt verbessern. Es betrifft den Arbeitsmarkt. Wir haben etwas schon heute besprochen. Einige Rednerinnen und Redner haben Bezug darauf genommen, müssen natürlich auch in den Sozialversicherungssystem darauf achten, dass Menschen einen Anreiz haben zu arbeiten. Das allein wird nicht reichen. Sie werden auch weiter Sorge dafür tragen müssen, dass unser Land offen ist für qualifizierte Einwanderung. Das übrigens ist ja die Pointe der neuen Realpolitik in der Migration, die es jetzt gibt. Fast noch nicht bemerkt von der Öffentlichkeit, weil sich in der Realität der Zahlen und in der Realität in den Kommunen, sich eine neue Politik und neue Regeln ja erst zeigen müssen. Aber die Pointe der neuen Realpolitik in der Migration läuft ja darauf hinaus, dass wir es grundlegend anders machen als in der Ära Merkel. Es war während der Ära Merkel doch so, dass wir es denen viel zu leicht gemacht haben zu bleiben, die illegal in unseren Sozialstaat eingewandert sind. Und wir haben es viel zu lange denen schwer gemacht zu kommen, die wir dringend als kluge Köpfe und fleißige Hände in unserem Arbeitsmarkt brauchen. Und von der Bezahlkarte über das neue Asylbewerberleistungsgesetz, Abschiebegewahrsam, Außengrenzen, Schutz bis zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz, machen wir es jetzt genau umgekehrt: Schwerer machen, in den Sozialstaat zu kommen, leichter machen, in unserem Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein. Das ist die neue Realpolitik.

Liebe Freunde im Bereich Arbeitsmarkt müssen wir besser werden, weil er eine Wachstumsbremse ist. Die zweite Wachstumsbremse ist, auch das wurde schon angesprochen, der alltägliche Bürokratismus. Bürokratismus bedeutet allerdings nicht nur, dass es ärgerliche, lästige Verwaltung gibt und dokumentiert werden muss. Hier arbeiten wir dran. Marco Buschmanns Bürokratieleistungsgesetz ist zurecht ja auch schon hervorgehoben worden und ebenso zurecht wurde darauf hingewiesen, dass das Gros der Bürokratie aus Brüssel über uns kommt, von Ursula von der Leyen über uns gebracht wird. Halte ich übrigens für in diesem Europawahlkampf eine für uns äußerst aussichtsreiche Konstellation, gerade mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann als einer streitbaren Liberalen an der Spitze. Eine doppelte Kampfansage. Eine Kampfansage an diejenigen wie die AfD, die die Europäische Union zerstören wollen, die nahelegen, Deutschland könnte aus der EU austreten. Das würde uns politisch isolieren und wirtschaftlich ruinieren. Aber auch eine Kampfansage an Ursula von der Leyen, die aus dem europäischen Freiheitsprojekt eine Bürokratiefalle machen will. Wir sind die doppelte Kampfansage an diejenigen, die die EU ruinieren wollen und an diejenigen, die unser Leben aus der EU heraus bürokratisieren wollen. Denn die EU ist ein Freiheitsversprechen, das die Menschen in einem Raum ohne Grenzen jeden Tag

neue Chancen erfahren. Und daran müssen wir die Menschen erinnern.

Aber, liebe Freundinnen und Freunde, ich wollte darauf hinaus, dass Bürokratie eben nicht nur lästige Dokumentationsverpflichtungen und teure Verwaltung mit sich bringt. Bürokratie lenkt auch das Leben und führt teilweise zu paradoxen Ergebnissen. Bürokratie entsteht ja auch dort, wo die Politik den Menschen verantwortliche Lebensentscheidungen nicht zutraut oder wo sie nicht glaubt, dass die gesellschaftliche Entwicklung Gutes hervorbringt. Da greift sie ein. Das für mich aktuellste und vielleicht sogar dramatischste Beispiel in diesem Verständnis von Bürokratismus ist die Klimaschutzgesetzgebung in Deutschland. Die frühere Bundesregierung, die von der CDU geführt worden ist, hat hier ein Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht, das zutiefst planwirtschaftlichen Charakter hat. Man muss es den Bürgerinnen und Bürgern gelegentlich noch einmal in Erinnerung rufen, was da beschlossen worden ist. Beschlossen worden ist, dass in jedem Sektor unseres Lebens - Industrie, Energie, Mobilität, Wohnen - dass in jedem Sektor unseres Lebens in jedem Jahr auf die Tonne genau vorgegeben wird, wie viel CO₂ eingespart werden muss. Für jeden Sektor in jedem Jahr eine präzise auf die nahezu Tonne scharfe Vorgabe, wie viel CO₂ ausgestoßen bzw. wie viel CO₂ eingespart werden soll. Ein zutiefst planwirtschaftliches Gesetz. Das dramatische Folgen hat. Denn, liebe Freundinnen und Freunde, wir wissen ja nicht, wie die wirtschaftliche Entwicklung ist. Wir können nicht wissen, wie die technologische Entwicklung ist. Wir wissen auch nicht, welche Entscheidungen Millionen Bürgerinnen und Bürger in Freiheit treffen. Zum Beispiel hinsichtlich ihrer individuellen Mobilität. Ob Sie alle das großartige Wissing-Ticket den digitalisierten Nahverkehr nutzen wollen oder ob sie auf das Fahrrad setzen, zu Fuß gehen wollen oder ob Sie am Auto festhalten. Ob Sie sich ein Fahrzeug kaufen mit dem auch öffentlich geförderten Elektromotor oder weil sie auf dem Land leben und andere Mobilitätsbedürfnisse haben am Diesel festhalten wollen, das kann man eben nicht wissen. Und deshalb stößt die von der CDU auf den Weg gebrachte Klimaschutzgesetzgebung regelmäßig an die Freiheit der Menschen und sie stößt an bzw. die unvorhersehbaren wirtschaftlichen Entwicklungen mit teilweise drastischen Folgen. Denn wir sind gezwungen, aufgrund dieses Gesetzes, das die CDU heute in der Öffentlichkeit noch verteidigt hat, heute am Tag habe ich das gelesen. Dieses Gesetz führt dazu, dass die Bundesregierung verklagt wird, weil die, ich sage mal, unerreichbaren Ziele im Bereich des Verkehrs verfehlt werden. Die sind nämlich zu ambitioniert, wenn man die Tatsache nimmt, dass wir über 45 Millionen Fahrzeuge in Deutschland haben, die nicht ad hoc ausgetauscht werden können in der Flotte. Da stößt dieses Gesetz an die Realität und die Bundesregierung wird verklagt, dass sie auf der Basis dieses Gesetzes ein Sofortprogramm beschließen muss. Mit dann aber natürlich drakonischen Maßnahmen. Denn man kann nicht einfach herbeizaubern, dass plötzlich 5

Millionen zusätzliche Elektrofahrzeuge zugelassen sind. Wie soll das gehen? Also kommt es zu Einschränkungen in die Mobilitätsfreiheit, und darauf hat Volker Wissing hingewiesen. Die Konsequenz des CDU Klimaschutzgesetzes, wenn die Blockade der Grünen einer Novelle nicht aufgehoben wird, das wären in Deutschland drakonische Freiheitseinschränkungen bis hin zu Fahrverboten für Verbrennungsmotoren. Genau dazu darf es aber nicht kommen. Deshalb appelliere ich an die Grünen: Wenn euch Klimaschutz wichtig ist, dann setzt die Akzeptanz des Klimaschutzes nicht aufs Spiel, indem ihr dramatische Freiheitseinschränkungen provoziert.

Und ich will weitergehen: Dieses Klimaschutzgesetz kommt von der CDU, und die Grünen sperren sich gegen eine Novelle. Es ist also ein schwarz-grünes Klimaschutzgesetz, das wir de facto haben. Und dennoch müssen die Bürgerinnen und Bürger sich nicht fürchten. Und das sage ich hier in aller Klarheit. Die Garantie der Mobilitätsfreiheit in Deutschland, die Garantie der Mobilitätsfreiheit in der Bundesregierung, sie hat einen Namen: Freie Demokratische Partei. Mit uns wird es solche Freiheitseinschränkungen niemals geben. Ausgeschlossen. Wird es niemals mit uns geben.

Liebe Freundinnen und Freunde. Arbeitsmarkt. Bürokratie. Ich will über ein drittes Feld sprechen, das uns wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit kostet und das ist unser Steuersystem und die hohe Belastung, die wir in Deutschland haben. Es wurde darauf hingewiesen, welche paradoxen Fehlanreize es für die Beschäftigten gibt. Aber auch insgesamt ist der Standort Deutschland in der Gesamtschau seiner Standortfaktoren nicht mehr attraktiv. Stand der Digitalisierung. Bürokratie, Fach- und Arbeitskräftemangel, Energiepreise und dann noch fast 30 % effektive Steuerbelastung für die Unternehmen in Deutschland. Eine neue Regierung in Portugal hat gerade angekündigt, dass sie die Steuern reduzieren wird. Da folgt sie einem Trend in Europa, den wir seit einigen Jahren schon sehen, von Österreich, Niederlanden bis nach Frankreich und darüber hinaus. In Deutschland datiert die letzte größere Unternehmenssteuerreform auf das Jahr 2008. Wir sind jetzt Schritte gegangen, beim Wachstumschancengesetz. Aber das kann nur ein Baustein einer Wirtschaftswende sein. Denn neben mancher Verwaltungsvereinfachung und manchen auch sinnvollen Abschreibungen ist die größte Wirkung des Wachstumschancengesetzes im Bereich der Baukonjunktur. Ja, beim Wohnungsbau brauchen wir das auch. Aber das ist nicht nur der einzige Sektor unserer Wirtschaft, wo wir Impulse benötigen. Also müssen wir über unser Steuerrecht nachdenken und die Belastung reduzieren. Ich habe die Erfahrung gemacht mit den Ländern und mit CDU und CS, dass größere steuerpolitische Vorhaben mit diesem Bundesrat, teils aus fiskalischen Erwägungen, teils aus politischen Motiven, dass größere steuerpolitische Vorhaben wenig wahrscheinlich sind. Das von der Bundesregierung

vorgelegte Wachstumschancengesetz hatte ja ursprünglich ein Volumen von 7 Milliarden € in der vollen Jahreswirkung. Und nach den Gesprächen mit CDU und CSU und den Ländern, auch den sozialdemokratisch geführten Ländern, war das Volumen dann auch 3,2 Milliarden. Wir hatten die 7 Milliarden eingeplant, aber nach dem Gespräch mit den Ländern nur noch etwas weniger als halb so groß. Und deshalb werden die steuerpolitischen Vorhaben, liebe Freundinnen und Freunde, überwiegend vom Bund auf den Weg gebracht werden müssen. Da fällt eine Maßnahme ins Auge, nämlich die Ergänzungsabgabe, um jetzt mal den Solidaritätszuschlag bei seinem eigentlichen Namen zu nennen. Die Ergänzungsabgabe, der sogenannte Solidaritätszuschlag, ist heute eine Sondersteuer. Die wird bezahlt überwiegend von den Betrieben, von der deutschen Wirtschaft, von selbständigen Familienunternehmen, Handwerksbetrieben und Freiberuflern und von einigen Fach- und Führungskräften im Angestelltenverhältnis. Es ist eine Sondersteuer auf unternehmerische Tätigkeit und auf Spitzenleistung, die wir jetzt haben. Und deshalb, liebe Freundinnen und Freunde, kann ich auch als Bundesfinanzminister mir sehr gut vorstellen, dass wir auf diesen Solidaritätszuschlag verzichten als Bestandteil einer Wirtschaftswende. Das wird hinsichtlich der haushaltspolitischen Realitäten nicht in einem Schritt möglich sein. Aber wir können einsteigen in den Ausstieg und damit deutlich machen, dass dieses Land es ernst meint damit, wirtschaftlich wieder voranzukommen. Da höre ich dann heute aber den Landesvorsitzenden der SPD, den Kollegen Achim Post, der sagt: "Na ja, Steuerentlastungen, die der Finanzminister sich vorstellt, die können wir uns auch vorstellen, aber für die arbeitende Mitte". Willkommen im Club. Dann denke ich mal, nach dieser Wortmeldung von heute werden wir uns nicht länger darüber zerstreiten müssen, ob die kalte Progression, also automatische Steuererhöhungen für die Beschäftigten, auch im nächsten und übernächsten Jahr abgewendet werden, nachdem, was Herr Post gesagt hat. Den nehme ich jetzt beim Wort. Den nehme ich jetzt beim Wort.

Nach der Wortmeldung von heute nehme ich ihn auch beim Wort. Kalte Progression mit der nordrhein-westfälischen SPD wird die also abgewendet - gut so! Aber ich bleibe dabei: Wir müssen auch die Belastung für die Unternehmen, die Betriebe in Deutschland, Selbstständige und Freiberufler reduzieren. Denn das sind diejenigen, die sollen Arbeitsplätze schaffen. Das sind diejenigen, die sollen investieren, weil sie daran glauben, dass sie in Deutschland gute Gewinne erzielen können und dass sie davon mehr Rendite haben, als wenn sie es im Ausland machen. Und wenn dann gesagt wird, davon profitieren ja auch Gutverdiener, dann ist meine Antwort: Das müssen wir möglicherweise in Kauf nehmen, denn wie sollen wir den Topkräften, den Talenten aus dem Ausland erklären, dass wir sie in Deutschland im Arbeitsmarkt brauchen, aber sie zugleich noch dann höchste Steuern zahlen

müssen. Auch für die Toptalente der Ingenieurinnen, der Ärzte und aller anderen, die wir brauchen ist es eine gute Nachricht, wenn man in Deutschland nicht nur Scherereien als Talent bekommt, sondern, dass sich hier auch diese Topleistung individuell lohnt. Und das ist der Unterschied. Liebe Freundinnen und Freunde, das ist der Unterschied.

Wenn man, ich muss mich jetzt aus beruflichen Gründen etwas vorsichtiger ausdrücken, wenn man die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs ernst nimmt, dann sind auch Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Erhebung des Solidaritätszuschlags nicht vollständig abwegig. Ich spreche hier aus beruflichen Gründen vorsichtig. Aber jetzt sage ich politisch eins und das müssten auch SPD und Grüne genauso wie wir erkennen: dieses Land, die Bundesregierung, sollte sich nicht vom Verfassungsgericht zwingen lassen, von jetzt auf gleich auf den kompletten Solidaritätszuschlag zu verzichten. Die Bundesregierung sollte lieber die politisch planvolle Entscheidung treffen, auch aus ökonomischen Gründen nach und nach Schritt für Schritt aus dieser Sondersteuer auszusteigen. Das wäre in jedem Fall von Vorteil.

Und wir werden, liebe Freundinnen und Freunde, auch über weitere unkonventionelle Maßnahmen miteinander sprechen müssen, wenn dieses Land Fahrt aufnehmen soll. Ich habe zum Beispiel den Vorschlag unterbreitet, etwa nach dem Beispiel von Österreich und anderen: wie gehen wir mit der bezahlten Überstunde um? Wie gehen mit der bezahlten Überstunde um? Es gibt Handwerksbetriebe, wir hatten letzte Woche Montag noch ein Gespräch mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks, die das aus der Praxis bestätigen, es gibt Handwerksbetriebe, wo die gut bezahlten Mitarbeiter nach 41 Wochenstunden im Nachbarbetrieb noch einen Minijob annehmen. Nicht weil sie prekär beschäftigt wären oder weil sie so schlecht verdienen würden, ich spreche vom Handwerk, sondern weil es Menschen gibt - und übrigens in diesem Land unverändert noch sehr viele - die nicht von der Vier-Tage-Woche träumen, sondern von dem eigenen Haus. Die wollen nicht vier Tage arbeiten, sondern die wollen mehr als 41 Stunden bezahlt in der Woche arbeiten, weil sie ihrem Lebenstraum vom Eigentum oder einem anderen Lebensziel durch Arbeit näher kommen wollen. Das sagt die Chefin des DGB: Die Vorschläge, eine steuerliche Unterstützung bei Überstunden vorzusehen das sei Irrsinn. Was ist das für eine Vorstellung? Ich glaube, meine Damen und Herren, wenn ein Land glaubt, dass Leistung und Mehrarbeit Irrsinn einer Minderheit ist, dann hat ein solches Land die Chance auf Wohlstand und sozialen Fortschritt gefährdet. Denn ohne genau diese Anstrengung wird es nicht gelingen. Und die Menschen, die etwas mehr tun wollen, die sollten wir doch nicht in Konstruktionen, beispielsweise in Konstruktionen verabschieden, dass man dann einen Minijob im Betrieb daneben annehmen muss, weil es im eigenen Betrieb,

wenn es überhaupt eine Überschreitung der Arbeitszeit geben kann, dass dort dann der Minijob nicht möglich ist, sondern voll versteuert wird, ist doch ein Umgehungstatbestand. Wenn ich 41 Stunden arbeite und dann gehe ich zum Minijob und da habe ich dann Pauschalbesteuerung, Sozialabgaben anders geregelt, das ist doch eine Einladung. Warum machen wir es denen dann nicht einfacher, im selben Betrieb das zu machen? Davon profitieren die nicht nur individuell, davon profitiert auch der Betrieb. Davon profitieren wir alle. Denn Arbeit, die liegenbleibt und nicht erledigt wird, diese Arbeit kann auch nicht zu Gewinnen führen, der danach versteuert wird. Also wir profitieren alle davon. Und vertraut mir: Das steuerrechtlich so umzusetzen, dass es weder bürokratisch ist noch zu Umgehungsstatbeständen führt, das wird gelingen. Aber was mich besorgt, ist die Debatte darüber, dass alleine der Vorschlag, dass wir mehr Respekt denen geben wollen, die mehr tun wollen, als 41 Stunden zu arbeiten. Dass das schon in diesem Land als eine abwegige Position dargestellt wird. Wenn ich mich an meine Großeltern erinnere, die als Vertriebene aus Schlesien ins Bergische Land gekommen sind mit nichts, die haben zu dritt in der 50 Quadratmeter Wohnung gelebt und haben alles dafür getan, dass mein Vater als Erster in der Familie mal ein Studium aufnehmen konnte. Die haben nicht nur beide gearbeitet, die haben nach der Arbeit noch die Buchhaltung für Tankstellen gemacht, weil sie den Traum hatten, den sie dann ungefähr 1970 sich erfüllen konnten von der Eigentumswohnung in Remscheid. Das war der Mindset, der zum Wirtschaftswunder gehört. Wohlstand ist nichts, was man wegdelegieren kann. Man kann das Streben nach Wohlstand und wirtschaftlichem Fortschritt nicht wegdelegieren an die anderen, kann man nicht wegdelegieren an, dann machen wir eben Schulden. Kann man nicht wegdelegieren an, dann macht es jemand anderes. Wirtschaftliches Wachstum ist nicht ein Projekt von wenigen, es ist kein Projekt der Politik. Wirtschaftlicher Fortschritt muss ein Projekt dieser Gesellschaft insgesamt sein. Und für uns Freie Demokraten gilt das. Für uns Freie Demokraten gilt das.

Das werden jetzt intensive Wochen werden. Ich hoffe überwiegend in internen Gesprächen, aber es werden intensive Wochen werden. Für mich ist aber ein Umstand klar, liebe Freundinnen und Freunde. Ein Umstand ist klar: Wenn dieses Land, das hinsichtlich der geopolitischen Herausforderung wirtschaftliche Stärke braucht, das auch als sozialen Kitt einen Sozialstaat benötigt, der dauerhaft tragfähig finanziert ist, wenn dieses Land nicht zu einer Wirtschaftswende kommt, dann wäre das auch eine Gefährdung der demokratischen Akzeptanz von Politik. Die Leute haben ein klares Gefühl dafür, was jetzt die politische Priorität sein muss, nämlich die Grundlagen für unseren Erfolg zu erneuern. Die Grundlagen für unseren Erfolg zu festigen. Das wird von uns Kompromisse erfordern, das wird von anderen Bewegungsbereitschaft nötig machen. Eines ist für uns Freie Demokraten aber klar und das ist ein Versprechen an all diejenigen, die auf uns setzen und eine

Ankündigung an alle, die uns unterschätzen: In dieser Situation unseres Landes ist Nichtstun keine Option für Freie Demokraten. Und genau daran lassen wir uns auch messen. Vielen Dank.